

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

8. Mai 1953

23/J

A n f r a g e

der Abg. M a c h u n z e, R a i n e r, G r u b h o f e r und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend die Einbeziehung der in Österreich lebenden Heimatvertriebenen
in die Kriegsopferversorgung.

-.-.-

Ende November fanden in Bonn Verhandlungen zwischen einer österreichi-
schen und einer deutschen Delegation über die Versorgung der in Österreich
bzw. Westdeutschland lebenden österreichischen bzw. deutschen Staatsange-
hörigen nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz statt. Diese Verhandlungen
bezogen sich auf die Gewährung von Heilbehandlung etc. an die betreffen-
den Staatsangehörigen.

Dem Vernehmen nach soll sich die deutsche Delegation damals bereit-
erklärt haben, auch über die Regelung der Kriegsopferversorgung der in
Österreich lebenden Vertriebenen zu verhandeln. Die österreichischen
Unterhändler mußten jedoch ein Eingehen auf solche Verhandlungen ablehnen,
weil sie nicht mit den entsprechenden Vollmachten ausgestattet waren.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-
minister für soziale Verwaltung die

A n f r a g e:

1.) Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um eine Einbeziehung der in
Österreich lebenden Vertriebenen in die Kriegsopferversorgung zu ermögli-
chen, besonders jener Personen, die bereits die österreichische Staatsbür-
gerschaft erworben haben?

2.) Welche Maßnahmen sind getroffen worden, um mit der westdeutschen
Bundesrepublik in Gegenseitigkeitsverhandlungen über eine Regelung der Kriegs-
opferversorgung der in Österreich lebenden Vertriebenen einzutreten?

-.-.-.-.-